



# Aus Urteil des Tschechischen Verfassungsgerichts zur Anwendung der Benes-Dekrete Lehren ziehen

Jochen-Konrad Fromme zur Entscheidung der Tschechischen Regierung im Fall Salm-Reifferscheidt

Die Benes-Dekrete sind in den Teilen, welche die Deutschen betreffen, auch laut UN-Menschenrechtsausschuss völkerrechtswidrig und sollten aufgehoben werden. Das Tschechische Innenministerium sollte die Entscheidung des Verfassungsgerichts in Bruenn zum Anlass nehmen und die Entscheidung im Fall Salm-Reifferscheidt korrigieren. Damit würde der Europäischen Union als Rechts- und Wertegemeinschaft ein großer Dienst erwiesen.

Medienberichten zur Folge hat das tschechische Innenministerium dem 1946 verstorbenen Fürsten Hugo Salm-Reifferscheidt unter neuerlicher Anwendung des Benes-Dekrets Nr. 33/1945 zum zweiten Mal die Staatsbürgerschaft abgesprochen.

Hugo Salm-Reifferscheidt war 1946 durch den zuständigen Bezirks-Nationalausschuss eine provisorische Bescheinigung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft ausgestellt worden, die ihn als aktiven Gegner des Nationalsozialismus vor Enteignung und Aussiedlung schützte. Die Bescheinigung sollte vom Bezirks-Nationalausschuss an das Innenministerium zur endgültigen Befürwortung weitergeleitet werden. Aber der Fürst starb 1946, das Verfahren wurde nicht zu Ende geführt, und der Besitz der Familie wurde beschlagnahmt.

Die Rückgabe des Eigentums ist in der Tschechischen Republik an die Staatszugehörigkeit der Erben und des Erblassers gebunden. Um die schon erfolgte Rückgabe der Salm'schen Besitzungen rückgängig

machen zu können, hatte das Innenministerium das Verwaltungsverfahren wieder aufgenommen und dem vor 56 Jahren verstorbenen Fürsten die Staatsbürgerschaft nachträglich wieder entzogen. Dabei wurde das Dekret Nr. 33/1945 vom Innenministerium angewendet.

Dass diese Vorschriften heute noch zur Anwendung kommen, stört das Rechtsempfinden erheblich. Das Urteil des

Tschechischen Verfassungsgerichts in dieser Sache ist zu begrüßen. Die Brüner Richter hatten befunden, dass das Innenministerium gegen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und der Grundfreiheiten, die in der Verfassung verankert sind, verstoßen habe. Aus diesem Urteil des Tschechischen Verfassungsgerichts sollten die politisch Verantwortlichen in der Tschechischen Republik endlich Lehren ziehen und im Sinne einer guten Entwicklung des deutsch-tschechischen Verhältnisses den Teil der Benes-Dekrete aufheben, der die Deutschen betrifft.



Jochen-Konrad Fromme

## INHALT

SEITE 2  
KONGRESS/ GEDENKVERANSTALTUNG: „60 JAHRE  
VERTREIBUNG – 60 JAHRE WEGE ZUR VERSÖHNUNG“  
IAV

SEITE 3  
UNTERSTÜTZUNG DER EHRENAMTLICHEN SPÄTAUS-  
SIEDLERBERATUNG WIRD BEGRÜBT  
Jochen-Konrad Fromme

SEITE 4  
ÖFFENTLICHE DISKREDITIERUNG VON AUSSIEDLERN  
UNERTRÄGLICH – INTEGRATIONSBEMÜHUNGEN VER-  
STÄRKEN  
Jochen-Konrad Fromme

SEITE 6  
EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT – UNERLÄSSLICHE  
SÄULE DER INTEGRATION  
Dr. Christoph Bergner

# Kongress/ Gedenkveranstaltung: „60 Jahre Vertreibung – 60 Wege zur Versöhnung“

CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit großer Veranstaltung am 18. September 2006 in Berlin

Liebe Leserin und lieber Leser,

Am Ende des Zweiten Weltkrieges und in den Jahren danach verloren mehr als 14 Millionen Deutsche als Flüchtlinge oder Vertriebene ihre zum Teil seit Jahrhunderten angestammte Heimat. Die auf diese Weise Entwurzelten kamen in ein in weiten Teilen zerstörtes Land, acht Millionen Menschen in die westlichen Besatzungszonen, vier Millionen in die Sowjetische Besatzungszone. Etwa zwei Millionen Menschen haben Flucht und Vertreibung nicht überlebt. Die Heimatvertriebenen haben beide aus der Teilung neu entstandenen deutschen Staaten nachhaltig geprägt. Die Integration der Heimatvertriebenen in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland gilt trotz zu bewältigender Schwierigkeiten auch heute noch als vorbildlich.

Das Unrecht der Vertreibung und die erfolgreiche Integration mit ihren innen- und außenpolitischen Wirkungen stellen ein wichtiges Kapitel der deutschen Geschichte dar, dem die notwendige Aufmerksamkeit bis heute vielfach versagt geblieben ist.

Vor diesem Hintergrund lädt die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zu einer Gedenkveranstaltung in Kongressform zum Thema „60 Jahre Vertreibung – 60 Wege zur Versöhnung“ ganz herzlich ein, die

**am 18. September 2006  
im Zeitraum von 13:00 bis 17:30 Uhr  
im Konzerthaus am Gendarmenmarkt  
in Berlin**

stattfindet.

Im Rahmen der Veranstaltung werden neben Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, sowie der Metropolit von Freiburg, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch und weitere Redner zu den Teilnehmern sprechen. Auch wird eine Podiumsdiskussion mit hochrangigen Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland stattfinden.

Es würde uns freuen, Sie als Teilnehmer im Rahmen der Veranstaltung begrüßen zu dürfen.

## Fortsetzung der guten Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung vereinbart

Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. Bernhard Vogel zu Gast in der Arbeitsgruppensitzung



**v.l.n.r.: Manfred Grund, Stephan Mayer, stellv. Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler, Anita Schäfer, Anke Eymmer, Prof. Dr. Bernhard Vogel, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, Erika Steinbach, Klaus Brähmig, Gabriele Baumann (KAS) und Helmut Sauer**

Zu einem Gespräch über Fragen der künftigen Zusammenarbeit war der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), Prof. Dr. Bernhard Vogel, Gast der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In dem Gespräch wurde festgestellt, dass die Stiftung in den vergangenen Jahren ein erfreulich zunehmendes Interesse für die Anliegen und Aufgaben der Parlamentariergruppe

entwickelt hat, was sich vor allem in der guten Zusammenarbeit mit den Auslandsbüros der KAS äußert.

Es wurde vereinbart, die Arbeit in diesem Bereich noch zu verstärken. In dem Gespräch baten die Abgeordneten die KAS auch um eine Verstärkung des Engagements beim Haus der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz.

# Veränderungen in der Kulturarbeit nach § 96 BVFG dringend notwendig

Gruppe der Vertriebenen und Flüchtlinge lädt Arbeitsgemeinschaft der Landsmannschaften ein



Zu einer gemeinsamen Sitzung hat die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Arbeitsgemeinschaft der Landsmannschaften unlängst nach Berlin eingeladen. Dabei nutzen die Vertreter der Landsmannschaften unter dem Vorsitz von Klaus Moerler das Gespräch, den Abgeordneten ihre wichtigsten Anliegen vorzutragen.

Jochen-Konrad Fromme stellte Situation dar, wie sie sich aus dem Regierungswechsel auf dem Politikfeld für die Heimatvertriebenen, Spätaussiedler und deutschen Minderheiten ergeben hat. Dabei stellte er fest, dass vieles im Interessenbereich der Heimatvertriebenen aufgrund des Koalitionspartners schwierig umzusetzen sei, während es bei den Anliegen der deutschen Spätaussiedler einfacher sei zu Ergebnissen zu kommen als in der vor der Wahl angestrebten Koalition mit der FDP.

Als wichtigstes Anliegen formulierten die Sprecher der Landsmannschaften Verbesserungen im Bereich der Kulturförderung nach § 96 BVFG. Hier konnten erste Erfolge durch die Erhöhung der Bundesmittel um eine Million Euro erzielt werden. Auch konnte der Fortbestand des Westpreußischen Landesmuseums in Münster garantiert werden. Große Widerstände gibt es aber bei der dringend notwendigen Weiterentwicklung der Konzeption der Kulturarbeit nach § 96 BVFG aus dem Jahr 2000, um die kulturelle Breitenarbeit und die grenzüberschreitende Kulturarbeit zu stärken bzw. wieder zu ermöglichen. Eine Fortsetzung der guten Zusammenarbeit zwischen der Arbeitsgemeinschaft der Landsmannschaften und der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde vereinbart.

## Unterstützung der ehrenamtlichen Spätaussiedlerberatung wird begrüßt

Jochen-Konrad Fromme dankt Wolfgang Schäuble für seinen Einsatz zum Wohl des Ehrenamtes

Innenminister Dr. Wolfgang Schäuble hat deutlich gemacht, dass er sich für eine Weitergewährung der pauschalen Aufwandsentschädigung für die in der sozialen Betreuung von Spätaussiedlern im Rahmen der Migrationserstberatung tätigen ehrenamtlichen Beraterinnen und Berater einsetzen will.

Wie er bereits auch gegenüber der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. deutlich gemacht hat, wird er gemeinsam mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nach Verabschiedung des Haushaltes 2006 eine entsprechende Lösung suchen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält das ehrenamtliche Engagement

in der Betreuung für Spätaussiedler und ihren Familien für unentbehrlich, deshalb ist dieser Vorstoß zu begrüßen.

Wieder ein Baustein, mit dem die Koalition und insbesondere das Innenministerium die Einhaltung ihrer Versprechen gegenüber den Spätaussiedlern unter Beweis stellen.



Dr. Wolfgang Schäuble

# Die tschechische Regierung sollte sudetendeutsche Dialogbereitschaft aufnehmen

Jochen-Konrad Fromme kritisiert die Zurückweisung des Dialogangebots durch die tschechische Regierung

Rund sechs Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Beginn von Flucht und Vertreibung hat sich die Sudetendeutsche Landsmannschaft an die tschechische Regierung mit dem Angebot eines offenen Dialoges gewandt. Die barsche Art, mit der der tschechische Ministerpräsident Paroubek und Staatspräsident Klaus dieses Gesprächsangebot zurückgewiesen haben, verwundert angesichts der bilateralen Partnerschaft im gemeinsamen Europa.

Die Aufarbeitung der eigenen und der gemeinsamen Geschichte ist ein Kernbestandteil der Europäischen Union, denn schließlich ist die Staatengemeinschaft das Ergebnis der Lehren, die man aus der Geschichte Europas gezogen hat.

Die gemeinsame Geschichte mit ihren damit verbundenen Fragen erfordert nach wie vor einen ständigen Dialog zur Verbesserung auch der deutsch-tschechischen Beziehungen. Daher wurde der offene Dialog zwischen den Sudetendeutschen und der tschechischen Seite auch mehrfach von der Bayerischen Staatsregierung eingefordert. 60 Jahre

nach den dunklen Kapiteln der gemeinsamen Geschichte ist es Zeit dafür.

Die Tschechische Republik sollte sich hier an der Slowakischen Republik orientieren. Dort besteht seit Jahren ein guter Dialog mit den Heimatvertriebenen.

Wenn die tschechische Regierung das Angebot der Sudetendeutschen Landsmannschaft als Provokation tituliert, gibt das einen ersten Vorschmack auf die bevorstehenden Wahlen in der tschechischen Republik. Bereits bei den letzten Parlamentswahlen vor vier Jahren wurden die gemeinsame Geschichte und die Sudetendeutschen zu einem Hauptangriffsziel beim Stimmenfang missbraucht.

Es bleibt zu hoffen, dass uns ähnliche Auseinandersetzungen in diesem Jahr erspart bleiben.

Es bleibt auch zu hoffen, dass sich die tschechische Seite eines besseren besinnt, und nach sechs Jahrzehnten das längst überfällige Angebot zum Dialog aufnimmt.

# Öffentliche Diskreditierung von Spätaussiedlern unerträglich - Integrationsbemühungen verstärken

Jochen-Konrad Fromme weist Behauptungen eines Amtsrichters zur Kriminalität von Aussiedlern zurück

Welchen Geistes Kind der vom Hamburger Abendblatt zitierte Amtsrichter Masch ist, offenbart dieser mit seinen pauschalen Äußerungen, er habe zeitweise das Gefühl, fast nur noch gegen junge Russen zu verhandeln. Mit dieser pauschalen Verunglimpfung der Schicksalsgruppe der deutschen Spätaussiedler unterstreicht der Amtsrichter seine problematische Distanz zu diesen Menschen.

Zum wiederholten Mal sei daher deutlich festgestellt: Die deutschen Spätaussiedler sind Deutsche, die über Jahrzehnte in ihren Herkunftsgebieten sich trotz Verfolgungsmaßnahmen und Diskriminierung zur deutschen Herkunft bekannt haben.

Dieses Bekenntnis, trotz Schwierigkeiten, war Voraussetzung für ihre Anerkennung als Deutsche und damit für die Möglichkeit, in die Bundesrepublik Deutschland einzureisen. Nicht nur mit dieser Pauschalkritik diskreditiert der Amtsrichter seine eigene Kritik an der vom Hamburger Landeskriminalamt erstellten Studie „Lagebild Spätaussiedler“.

Die vom Hamburger Abendblatt zitierte Untersuchung der Hamburger Polizei zeigt abermals deutlich, dass bei deutschen Spätaussiedlern keine höhere Kriminalitätsneigung festzustellen ist, als bei einheimischen Deutschen.

Zu diesem Ergebnis sind übrigens auch schon Untersuchungen an anderen Orten gekommen. Daher kann man mit Fug und Recht behaupten, dass deutsche Spätaussiedler bei gleicher Sozialisation keine

höhere Kriminalitätsneigung haben als einheimische Deutsche.

Vielmehr sind die Aussagen des Amtsrichters mehr als zweifelhaft, wenn er seine Aussagen damit begründet, die Gruppe der Tatverdächtigen (Angeklagten) anhand ihres Geburtsortes ermittelt zu haben und dabei auf die ehemalige Sowjetunion und auf Polen verweist. Es ist schlicht unserios, von der Angabe des Geburtsortes auf die Gruppenzugehörigkeit einer Person zu schließen.

Aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und aus Polen kommen auch andere Zuwanderergruppen zu uns, darunter Ausländer und Kontingentflüchtlinge. Von der Nennung des Geburtsortes kann daher nicht ohne weiteres auf die Gruppenzugehörigkeit geschlossen werden.

Der Hamburger Amtsrichter erweist mit seinen pauschalen Äußerungen zu der Gruppe der deutschen Spätaussiedler der Integration dieser Gruppe in Deutschland einen schlimmen Dienst.

Nicht Beschuldigungen und Verunglimpfungen helfen weiter, sondern das stete Bemühen darum, die Maßnahmen zur Integration zu verbessern, um dadurch vor allem den jungen deutschen Spätaussiedlern eine echte Chance auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu eröffnen. Daher ist es notwendig, nach der jetzt begonnenen Evaluation der Sprach- und Orientierungskurse, bestehende Defizite im Bereich der Integrationsmaßnahmen zu beheben.

# Byrt: Auch die neue polnische Regierung wird ein zuverlässiger Partner in Europa sein

Der polnische Botschafter Andrzej Byrt zu Gast in der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler



v.l.n.r.: Carsten Müller, Erika Steinbach, Dr. Andrzej Byrt, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der Republik Polen und Jochen-Konrad Fromme, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Über den aktuellen Stand der deutsch-polnischen Beziehungen, die Anliegen der Heimatvertriebenen und die Situation der deutschen Minderheit in Polen sprachen die Mitglieder der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unlängst mit dem polnischen Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Andrzej Byrt. Dabei äußerten die Abgeordneten die Sorge, die neue Koalitionsregierung in Warschau unter Beteiligung von Vizepremier Lepper werde zu Verschärfungen im deutsch-polnischen Verhältnis und zu Spannungen im Verhältnis Polens zur Europäischen

Union führen. Botschafter Byrt nahm die Befürchtungen ernst, verdeutlichte aber, dass Polen auch unter der jetzigen Regierung ein zuverlässiger Partner in Europa bleibe. Das hätten die Aussagen von Premierminister Marcinkiewicz im Rahmen seines Besuches in Berlin sehr deutlich gemacht.

Mit Mittelpunkt der Diskussion stand die Debatte um ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin. Der Botschafter überbrachte den Vorschlag, die nunmehr in Berlin gezeigte Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ des Hauses der Geschichte auch in Polen zu zeigen.

## Änderungen bei der Förderung nach § 96 BVFG angemahnt – Vertriebene stärker einbeziehen

Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler spricht mit Ministerialdirektor Prof. Dr. Hermann Schäfer



Zu einem Gespräch über eine Weiterentwicklung der Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz hat die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Abteilungsleiter beim Beauftragten für Kultur und Medien, Prof. Dr. Hermann

Schäfer (links im Bild) eingeladen. Dabei wurde seitens der Abgeordneten das Anliegen vorgetragen, zu deutlichen Veränderungen im Bereich der Kulturarbeit nach § 96 BVFG zu kommen. Dringend notwendig sei vor allem eine Stärkung der kulturellen Breitenarbeit.

# Herder-Institut in Marburg hat eine zentrale Bedeutung in der Ostmitteleuropa-Forschung

Besuch des hessischen Landesvertriebenenbeirates beim Herder-Institut in Marburg

Der Kulturausschuss des Hessischen Landesbeirates für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen tagte in den Räumen des Herder-Institutes in Marburg und informierte sich vor Ort. Der Beirat wurde vom Landesbeauftragten begleitet und vom Leiter des Institutes, Direktor Dr. Irgang, in die Forschungsarbeit eingeführt.

Der Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, würdigte die bedeutsame Ostmitteleuropa-Forschung, die sich schwerpunktmäßig auf die Baltischen Staaten und die Länder Polen, Tschechien und die Slowakei konzentriert. Er wies darauf hin, dass es sich bei dem Herder-Institut um eine vom Bund und allen sechzehn Bundesländern öffentlich geförderte Einrichtung handelt, wobei Hessen als Sitzland eine besondere Verantwortung trage. „Ein großer Teil der Forschungsarbeit ist auch im Sinne der Kulturarbeit nach § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes zu sehen. Deshalb weiß Hessen die Arbeit des Herder-Institutes zu schätzen und wird an der bisherigen Forschungsförderung festhalten“, resümierte der Landesbeauftragte.

Der Institutsleiter und seine Mitarbeiter gaben einen interessanten

Überblick über das Herder-Institut und seine internationale Vernetzung. Ein besonderes Augenmerk gilt den kulturellen, ethnischen und politischen Wechselbeziehungen und Austauschprozessen, die Ostmitteleuropa vom Frühmittelalter bis in die Gegenwart in hohem Maße geprägt haben. Ein wichtiges Anliegen der Institutsarbeit sei die vergleichende Betrachtung der ostmitteleuropäischen Geschichte und ihre Vermittlung und Integration in ein gesamteuropäisches Geschichtsbild. Das Institut unterhalte weiterhin umfassende Spezialsammlungen, erstelle grundlegende Hilfsmittel für die Forschung, betreibe eigene Forschung und fungiere als Forum des internationalen wissenschaftlichen Diskurses.

Mit dem Kulturausschussvorsitzenden Dr. Stingl empfahl der Landesbeauftragte eine möglichst zeitnahe Fortsetzung des Informationsbesuches, wobei Friedrich auch dafür warb, Heimatkreisbetreuer der Heimatvertriebenen und deren Landsmannschaften einen Überblick über die Arbeit zu geben.

Erfreut zeigte sich der Landesbeauftragte darüber, dass die Arbeit des Herder-Institutes von den organisatorischen Änderungen an den Universitäten Marburg und Gießen nicht tangiert werde.

## Ehrenamtliches Engagement – unerlässliche Säule der Integration

Aussiedlerbeauftragter PSts Dr. Christoph Bergner bei der Preisverleihung der Stiftung „Bürger für Bürger“

In Deutschland engagiert sich nahezu ein Drittel der Bürger ehrenamtlich. Diese Bereitschaft sollte durch neue Impulse und Ideen ausgebaut und gefördert werden. Genau dies ist der Stiftung Bürger für Bürger vorbildlich gelungen. Die Preisträger haben beeindruckend gezeigt, wie und wo bürgerschaftliches Engagement erfolgreich praktiziert wird. Besonders erfreulich ist, dass sich sowohl unter den Teilnehmern als auch unter den Preisträgern viele Aussiedler befinden, die ihre speziellen Sprach- und Mentalitätskenntnisse in den Dienst nicht nur ihrer neu ankommenden Landsleute sondern auch für alle Neubürger, die Hilfe brauchen, stellen.

Laut aktuellen Prognosen werden im Jahre 2010 rund 40 % der Bewohner vieler deutscher Großstädte einen Migrationshintergrund haben. Ein friedliches Miteinander, eine Koexistenz von Aufnahmegesellschaft und Zuwanderern setzt eine möglichst gute Integration voraus. Integration ist in der Tat eine der wichtigsten innenpolitischen Aufgaben und Herausforderungen der kommenden Jahre und zu Recht ist sogar die Rede vom Jahrzehnt der Integration.

Künftig müssen wir noch dabei stärker auf das ehrenamtliche Engagement setzen. Dafür spricht nicht nur der Kostengesichtspunkt, wonach mit den vorhandenen Mitteln ein Mehr an Integration zu leisten ist. Der verstärkte Einsatz ehrenamtlicher Kräfte ist auch deshalb zwingend



erforderlich, weil das freiwillige Engagement sowohl die Integrationsbereitschaft der Neubürger als auch die Aufnahmebereitschaft der einheimischen Gesellschaft stärkt.

Das ehrenamtliche Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger bei dem sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Einleben der Neubürger ist eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg der Integrationspolitik der Bundesregierung. Das Wirken der Ehrenamtlichen ist eine unerlässliche Säule der Integrationsarbeit.

# Neues Politikgefühl in Nordrhein-Westfalen

Integrationsminister Armin Laschet zu Gast auf Landesdelegiertenversammlung des BdV in Düsseldorf

Mit Mut und Optimismus kann der BdV-Landesverband Nordrhein-Westfalen in die Zukunft sehen. Bei der Landesdelegiertenversammlung gab es zunächst Lob vom teilnehmenden nordrhein-westfälischen Integrationsminister Armin Laschet, gute Nachrichten überbrachte auch Ministerialrat Johannes Lierenfeld aus der Staatskanzlei, der die Wiederaufnahme der Förderung des Landes für das ostdeutsche Kulturerbe ankündigte. „Deutschland braucht ein kinder- und familienfreundlicheres Klima. Nur dann werden sich wieder mehr junge Menschen für ein Leben mit Kindern entscheiden. Als Vorbild können uns hier die Zugewanderten - vor allem auch die Rußlanddeutschen - dienen, denn sie wissen, dass Familie Freude macht“, erklärte Integrationsminister Armin Laschet in seinem Grußwort zu Beginn der Landesversammlung in Düsseldorf. Der Minister betonte die Bedeutung von Aussiedlern für unsere Gesellschaft. Laschet unterstrich dabei auch die langjährige, vorbildliche Arbeit des Bundes der Vertriebenen. Der Minister sicherte zu, daß sich die Landesregierung auch weiterhin für die Belange des BdV bei der Integration der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler einsetzen werde.

Eine beachtliche Bilanz der Arbeit aus den letzten Jahren konnte der Landesvorsitzende Hans-Günther Parplies in seinem Rechenschaftsbericht ziehen. Dabei stellte er die Situation nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen besonders heraus. „Unsere Arbeit wird seit dem Regierungswechsel von einem ganz neuen Politikgefühl gestützt“,



**Gast auf der Landesdelegiertenversammlung des BdV in Nordrhein-Westfalen: Integrationsminister Armin Laschet (CDU), rechts im Bild**

kennzeichnete der Landesvorsitzende die Situation im größten Bundesland. Die langjährige Überzeugungsarbeit in Parlament und Verwaltung trage nun Früchte. Das ost- und sudetendeutsche Kulturerbe sei jetzt auch organisatorisch und administrativ dort angesiedelt, wo es inhaltlich schon immer seinen Platz gehabt habe, nämlich in der Abteilung für die allgemeine Kulturpolitik. Das werde sich nun auch in der Förderung der ostdeutschen Kultur bemerkbar machen. Die Landesregierung habe die wichtigsten Zusagen gegenüber den Vertriebenen eingehalten, es gelte nun die neuen Spielräume und die vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen.

## Zur Besserstellung von Opfern der SED-Diktatur den Koalitionsvertrag umsetzen

Jochen-Konrad Fromme erinnert Koalitionspartner an zu Gunsten der SED-Opfer getroffene Vereinbarungen

Mit der Beschlussfassung über den Gesetzentwurf zur Änderung von Vorschriften des sozialen Entschädigungsrechts und des Gesetzes über einen Ausgleich von Dienstbeschädigungen im Beitrittsgebiet hat der Bundesgesetzgeber Verbesserungen bei den Versorgungsansprüchen vieler Menschen im Beitrittsgebiet beschlossen, darunter aber auch Angehörigen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit der DDR.

Diese Entscheidung des Deutschen Bundestages war unumgänglich, da das Bundesverfassungsgericht mit Beschluss vom 21. November 2001 Änderungen im Entschädigungsrecht notwendig gemacht hat.

Es ist jetzt dringend geboten, nach dieser unumgänglichen Entscheidung des Bundesgesetzgebers, auch für die zahlreichen Opfer des SED-

Unrechts zu Verbesserungen zu kommen.

Daher beharren CDU und CSU auf einer raschen Umsetzung der Vereinbarung des Koalitionsvertrages zwischen CDU/CSU und SPD.

Dort wurde wörtlich vereinbart: „ Wir wollen die Situation der Opfer der SED-Diktatur mit geeigneten Maßnahmen verbessern. Infrage hierfür kommen u.a. die Aufstockung der Mittel für die Häftlingshilfestiftung, die Einführung einer Opferpension oder die Einrichtung eines effektiven Verfahrens zur Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden.“

Die Würde der Opfer der SED-Diktatur erfordert es, dass hier nicht mehr zugewartet wird, sondern rasch eine Lösung zur Verbesserung der Opfer erfolgt.



## Integrationsarbeit der Deutschen Jugend aus Rußland

Der Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, hat die Integrationsarbeit der Deutschen Jugend aus Russland sehr gelobt.

In Frankfurt werde die Arbeit mit jungen Spätaussiedlern besonders groß geschrieben. Als Beispiel nannte sie ein Streetworker-Projekt, bei dem ein russlanddeutscher Sportlehrer eine Fußballmannschaft zusammengestellt hat. Im Gespräch mit der Deutschen Jugend aus Russland ging er auf neue Projekte in Obertshausen, Neu-Isenburg und Mühlheim ein, bei denen die Frankfurter Gruppe der Deutschen Jugend aus Russland Pate gestanden hatte.

Der „Tag der Jugend“ im letzten Jahr in Frankfurt sei auf große Resonanz gestoßen. Die Mitgliederzahl im Landesverband Hessen der Jugendorganisation sei inzwischen auf über 500 angestiegen, berichtete Albina Nazarenus-Vetter, stellvertretende Bundesvorsitzende.

## Erika Steinbach begrüßt serbisches Gedenken

**Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, MdB begrüßt den Entschluss der Gesellschaft für serbisch-deutsche Zusammenarbeit und der Organisation „Sveta Anna“ völkerübergreifend der Opfer in Serbien und Montenegro feierlich zu gedenken.**

Für diese friedensstiftende Initiative gebührt den Initiatoren unter Vorsitz von Bischof Lavrentije von Sabac – Valjevo tiefer Dank. Diese seit dem Europatag 2005 zum zweiten Mal stattfindende Gedenkstunde an beiden Stätten, an denen Unschuldige und Wehrlose beider Völker ermordet wurden, ist von den Initiatoren der Gedenkfeiern als „Mahnung von unten“ an die Politiker aus beiden Ländern gedacht.

Wörtlich schrieben die Veranstalter:

„ Auch in diesem Teil Europas müsste es nämlich, wenn auch nach länger als einem halben Jahrhundert, für die beiderseitig an unser aller Brüder und Schwestern in Christo – vom Jahre 1941 an bis zum Jahre 1948 und dazwischen – begangenen Verbrechen seitens seiner unmittelbaren Vorgänger zur offiziellen Entschuldigung kommen. Über den Massengräbern an beiden Stätten des Leids werden Geistliche der Serbisch-orthodoxen, der Römisch-katholischen und der Evangelischen Kirche sich an unseren gemeinsamen Herrn mit der Bitte um Gnade und Verzeihung wenden.“

In Kragujevac wurden 1941 im Rahmen einer Vergeltungsaktion von den Deutschen für den Mord an jungen deutschen Soldaten, die beim Baden in hilfloser Lage von serbischen Partisanen umgebracht worden waren, zivile Geiseln, darunter auch Gymnasiasten erschossen. Im serbischen Vernichtungslager Rudolfsgrad wurden 12.000 deutsche Frauen, Kinder und meist ältere Männer durch Folter Hunger und Erschießungen ermordet. Beide Orte stehen beispielhaft für die Vernichtung unschuldiger Menschen.

Die Verbrechen an den Deutschen fanden aufgrund der 1944 erlassenen AVNOJ-Beschlüsse statt, die alle Deutschen ohne Gerichtsverfahren zu Feinden Jugoslawiens erklärten und Hunderttausende von deutschen Zivilisten enteigneten, entrechteten und umbrachten.

## Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ in Berlin

Am 17. Mai 2006 wurde die zuvor in Bonn gezeigte Wanderausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ des Hauses der Geschichte von Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) in den Räumen des Deutschen Historischen Museums (im ehemaligen Preußischen Zeughaus) in Berlin eröffnet.

Die Ausstellung wurde im Vergleich zu ihrem vorherigen Standort Bonn erweitert, da sich im Deutschen Historischen Museum zusätzliche räumliche Möglichkeiten ergeben haben. Am Standort Berlin ist sie bis August 2006 zu sehen, bevor sie im Zeitgeschichtlichen Forum in Leipzig gezeigt wird.

Im Rahmen der Eröffnung in Berlin kündigte Staatsminister Neumann an, die Ausstellung nach ihrer Präsentation in Leipzig und möglicherweise weiteren Orten als Dauerausstellung nach Berlin holen zu wollen.

### IMPRESSUM

Herausgeber:	Dr. Norbert Röttgen MdB Hartmut Koschyk MdB Parlamentarische Geschäftsführer Jochen-Konrad Fromme MdB
Redaktion:	Thomas Helm (verantwortlich) Verena Herkenhoff
Sekretariat: Kontakt:	Ines Roehm Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler
Anschrift:	Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-55364 Telefax (0 30) 2 27-56154